

## Auszug aus dem substanziellen Protokoll 132. Ratssitzung vom 16. Dezember 2016

### 2529. 2016/305

Weisung vom 14.09.2016:

**Finanzverwaltung, Budgetentwurf 2017 (Detailbudget und Produktegruppen-Globalbudget) und Abschreibung Globalbudgetantrag**

Die Budgetberatung wird fortgesetzt (vergleiche Sitzung Nr. 131, Beschluss-Nr. 2529/2016)

Beschlüsse:

Antrag 189.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Walter Anken (SVP):** *Verglichen mit den Ist-Kosten 2014 ist das für 2017 eingestellte Budget um 130 000 Franken höher. Wir sind der Meinung, dass die Zunahme der Projekte gestoppt werden muss. Es können auch externe Konzerte reduziert werden, wodurch die Mieten entsprechend gesenkt werden können. Auch sollen die Eltern mehr in die Pflicht genommen werden und mehr Kosten tragen; das würde automatisch zu einer Stabilisierung der Nachfrage führen.*

**Alan David Sangines (SP):** *In den letzten Jahren ist die Nachfrage nach Musiklagern gestiegen, was angesichts der laufend wachsenden Anzahl Schülerinnen und Schüler auch logisch ist. Die Eltern vermehrt in die Pflicht zu nehmen, erachtet die Mehrheit nicht als korrekt.*

S. 326 50  
5026  
3171 0000

**SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT**  
Musikschule Konservatorium Zürich  
Auslagen für Veranstaltungen, Reisen, Lager

		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
189.	Antrag Stadtrat			350 000	Mehrheit
		100 000		250 000	Minderheit

Begründung: Kosten für Lager reduzieren, Eltern mehr in die finanzielle Pflicht nehmen

2 / 35

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 101 gegen 22 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

---

Antrag 190.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Walter Anken (SVP):** *Warum haben diese Kosten so massiv zugenommen? Die Ist-Kosten der Vergütungen für Selbständigerwerbende im Zusammenhang mit den Veranstaltungen lagen 2013 noch bei 55 000 Franken, neu sind sie im Budget mit 112 000 Franken eingestellt. Hier gilt es, Mass zu halten. Ebenfalls ist der Personalbestand deutlich zu hoch; es könnte mehr mit den eigenen Leuten gemacht werden.*

**Alan David Sangines (SP):** *Die Mehrheit anerkennt, dass die Musikschule Konservatorium Zürich (MKZ) bereits darum bemüht war, die Kosten zu reduzieren. Für 2017 ist weniger budgetiert als jeweils in den letzten zwei Jahren.*

S. 326	<b>50</b> <b>5026</b> <b>3180 0000</b>	<b>SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT</b> <b>Musikschule Konservatorium Zürich</b> <b>Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>190.</b>	Antrag Stadtrat				300 000	Mehrheit
			100 000		200 000	Minderheit
						Alan David Sangines (SP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Christi- an Traber (CVP), Florian Utz (SP) Peter Schick (SVP) Refe- rent, Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP)
			Begründung:	Bei Veranstaltungen primär mit dem eigenen, überfrachteten Personalbestand arbeiten		

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 81 gegen 43 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

---

Antrag 191.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

**Alan David Sangines (SP):** Da sich die Räume der MKZ an verschiedenen Standorten befinden, braucht es eine gewisse Standortstrategie – eine solche wird auch von der Immobilien-Bewirtschaftung (IMMO) vorgeschrieben. Darum erachtet die Mehrheit eine Standortstrategie als sinnvoll, ist aber der Meinung, dass das auch in einem reduzierten Umfang erfolgen kann. Eine Streichung auf null erscheint uns jedoch als zu radikal.

**Walter Anken (SVP):** Die Standortstrategie soll aufgehoben werden. Wir sind überzeugt, dass das nötige Know-how zur Erstellung einer Strategie innerhalb der MKZ aufgebaut werden kann.

S. 326	<b>50</b> 5026 3186 0000	<b>SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT</b> Musikschule Konservatorium Zürich Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter im Zusammenhang mit Projektbegleitung, -beratung und Organisationsentwicklung				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>191.</b>	Antrag Stadtrat		20 000		20 000	
					0 Minderheit	Peter Schick (SVP) Referent, Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP)
			10 000		10 000 Mehrheit	Alan David Sangines (SP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
		Begründung:	SVP: Keine Weiterführung der Standortstrategie Eckhaus; SP: Jährlich wiederkehrende Ausgaben für Standortstrategie zu hoch			

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat	(20 000)	0 Stimmen
Antrag Mehrheit	(10 000)	80 Stimmen
Antrag Minderheit	(0)	<u>43 Stimmen</u>
Total		123 Stimmen
= absolutes Mehr		62 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt.

---

Antrag 192.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

**Walter Angst (AL):** Vor drei Wochen wurde ein Postulat überwiesen, das STR Gerold Lauber auffordert zu prüfen, wie die Mittel bei der Fachstelle «Lust und Frust» erhöht werden können, damit die von den Lehrern bestellten Klasseneinsätze geleistet werden können. Für den Fall, dass das Postulat beschleunigt umgesetzt wird, soll hier das notwendige Geld eingestellt werden.

**Michael Baumer (FDP):** Es wurde erst ein Postulat überwiesen zur Prüfung, ob die Ressourcen gesprochen werden sollen und wenn ja, in welchem Umfang und in welcher Form. Insofern ist es falsch, das Budget bereits zu verschlechtern. Der Stadtrat hat zwei Jahre Zeit für die Umsetzung; man soll zuerst die Prüfung abwarten. Es ist auch nicht so dringend nötig.

S. 328	50 5050 3010 0000	<b>SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT</b> <b>Schulgesundheitsdienste</b> <b>Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>192.</b>	Antrag Stadtrat			40 000	15 662 200 15 702 200	Minderheit Mehrheit
			Begründung:	Lust und Frust: Ressourcen für sexualpädagogische Klasseneinsätze erhöhen		

Abstimmung gemäss Art. 43<sup>bis</sup> Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 75 gegen 50 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Gemeinsame Behandlung der Anträge 193. und 194. (Postulat GR Nr. 2016/436)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Isabel Garcia (GLP):** Es geht um einen Ausbau von zwei zusätzlichen Stellen beim Schulpsychologischen Dienst (SPD). Aus anderen Bereichen weiss man: Wenn mehr Leute eingestellt werden, wird am Schluss insgesamt das Angebot ausgeweitet, was dazu führt, dass die Nachfrage nach solchen Angeboten und Diensten – ob berechtigt oder nicht – z. T. überhaupt erst kreierte wird. Und wenn die Begehren erst einmal kreierte sind, müssen die Leute auch wirklich beschäftigt werden.

**Alan David Sangines (SP):** Es ist unbestritten, dass die Anzahl Schülerinnen und Schüler in den letzten Jahren laufend gewachsen ist. Das führt selbstverständlich auch zu mehr Arbeit für den Schulpsychologischen Dienst. In den letzten fünf Jahren hat die Anzahl Kinder, die vom Schulpsychologischen Dienst betreut wurden, um 11 Prozent zugenommen. Im gleichen Zeitraum ist der Schulpsychologische Dienst nur um 1,9 Stellen gewachsen, das entspricht 5,8 Prozent. Wenn man mit Eltern, Lehr- und Fachpersonen spricht, weiss man, dass das Gegenteil der Behauptung der Minderheit wahr ist: Der Schulpsychologische Dienst kann teilweise kaum alle Anfragen erfüllen, und das hat einen Grund. Eine Mehrheit des Gemeinderats steht hinter dem Konzept der integrativen Schule. Die Schulpsychologinnen und Schulpsychologen leisten einen enorm wichtigen Beitrag für das Gelingen dieses Konzepts. Sie unterstützen z. B. Lehrpersonen und Betreuungsfachleute, damit Kinder die reguläre Schule besuchen können. Die Schule hat den Auftrag, möglichst alle Kinder zu tragen, dafür ist aber oftmals die Unterstützung von Fachpersonen aus dem schulpsychologischen Bereich notwendig. Die Schulpsychologinnen und Schulpsychologen sind u. a. auch dafür verantwortlich, dass die Sonderschulquote in den letzten Jahren tendenziell gesunken ist. Kürzungen in diesem Bereich können besonders fatal sein, weil sie einen Einfluss auf die Entwicklung eines Kindes haben können. Es muss sichergestellt werden, dass Kinder rasch abgeklärt werden können.

**Isabel Garcia (GLP)** begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 2504/2016): Je nach Quelle und Zählart muss heute davon ausgegangen werden, dass zwischen einem Drittel und noch mehr Jugendliche in der Stadt Zürich im Verlauf ihrer Volksschulkarriere von einer sonderpädagogischen Massnahme betroffen sind. Insbesondere in den letzten 10 bis 15 Jahren sind die therapeutischen Abklärungen, die sonderpädagogischen Massnahmen und die damit verbundenen städtischen Ausgaben massiv in die Höhe geschneit. Wenn heute ein Kind in der Schule auffällt, werden in der Regel in einem schulischen Standortgespräch Massnahmen vereinbart. Die Gefahr von Fehldiagnosen ist dabei sehr gross. Gerade im niederschweligen Bereich gibt es oft gar keine klare und vereinbarte Definition von «krank» und «gesund», zudem gibt es gesellschaftliche Moden, wie z. B. die Aufmerksamkeits-/Hyperaktivitätsstörung (ADHS). Die Wissenschaft ist sich einig, dass ca. 5 bis 10 Prozent der Kinder eine ernsthafte Entwicklungsstörung haben – und nicht ein Drittel und mehr. Es gilt, eine Fehlentwicklung aufzuhalten. Wer effektiv einen Bedarf hat, soll die entsprechende Unterstützung und Hilfe bekommen, das ist völlig unbestritten und nicht Gegenstand dieses Postulats oder früherer Vorstösse. Es kann aber nicht sein, dass ein Drittel oder mehr der Kinder und Jugendlichen pathologisiert und in eine Ecke gedrängt werden, aus der sie nur schwerlich wieder herauskommen werden. Zudem sind sich die Fachleute einig, dass der wichtigste Stabilitätsfaktor für die generelle Entwicklung und für den schulischen Erfolg des Kindes

eine möglichst kleine und stabile Anzahl Bezugspersonen ist – auch in der Schule. Das heutige À-la-carte-Modell führt aber zu einer Inflation der Bezugspersonen im Schulzimmer. Es ist höchste Zeit, diese Pathologisierung abzustellen.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements Stellung.

**STR Gerold Lauber:** Die Aussage, wonach das Angebot die Nachfrage entscheidend steuere, ist in diesem Zusammenhang nicht richtig. Es gibt eine lange Warteliste; die Entwicklung im Schulpsychologischen Dienst ist stark unter dem Wachstum der Schülerzahlen zurückgeblieben. Ich teile das Anliegen des Postulats grundsätzlich, der Stadtrat hat bereits einiges unternommen. So herrscht mittlerweile dank eines Monitoring-Systems Transparenz über die Zuweisungen. Nicht vergessen darf man auch die Tatsache, dass es gewisse gesetzliche Grundlagen gibt; der Anspruch ist rechtlich garantiert. Wie gross der Anteil an Kindern mit sonderpädagogischen Massnahmen tatsächlich ist, lässt sich schwer sagen. Das Themenfeld muss grundsätzlich angeschaut werden. Die Forderung des Postulats ist aber nicht fair, nicht zu verantworten und nicht richtig. Der Stadtrat steht in Kontakt mit dem Kantonsrat und schöpft übrigens das, was vom Kanton als oberste Limite vorgegeben wird, bei Weitem nicht aus.

Weitere Wortmeldungen:

**Michael Baumer (FDP):** Wir unterstützen den Antrag und das Postulat nicht zuletzt deshalb, weil wir das bereits seit Jahren selber fordern. Es kann nicht sein, dass 50 Prozent der Schülerinnen und Schüler sonderpädagogisch betreut werden müssen. Gemäss Postulatstext soll das Zuteilungssystem einmal hinterfragt werden, das ist ein entscheidender Punkt in diesem ganzen Zusammenhang.

**Alan David Sangines (SP):** Die GLP behauptet, je nach Rechnungsart seien zwischen einem Drittel und der Hälfte der Schüler von irgendeiner sonderpädagogischen Massnahme betroffen – hierzu fehlen mir konkretere Beispiele. Erstaunlich ist auch, dass 5 bis 10 Prozent der Schülerinnen und Schüler von einer ernsthaften Entwicklungsstörung betroffen sein sollen. Es reicht statistisch nicht, sich ein bisschen im Umfeld umzuhören, denn je nach Umfeld sind es vielleicht mehr oder weniger Fälle. Und was ist überhaupt eine ernsthafte Entwicklungsstörung? Der Vorwurf, wonach der Schulpsychologische Dienst Schülerinnen und Schüler pathologisiere, finde ich heftig in Anbetracht der Tatsache, dass sich die Fachpersonen recht viel Mühe geben. Im Geschäftsbericht 2015 hat der Stadtrat schon einmal zu diesem Thema Stellung genommen. In gewissen Bereichen nehmen die sonderpädagogischen Massnahmen zu, aber dort geht es um Körper- und Mehrfachbehinderungen oder um geistige Behinderungen – und dafür fordert die GLP ja gerade sonderpädagogische Massnahmen. Gleichzeitig nehmen die Massnahmen in anderen Bereichen ab, nämlich bei Verhaltensauffälligkeiten oder Lernbehinderungen. Von daher geht das System genau in die Richtung, die im Postulat gefordert wird. Es ist nicht faktenbasiert, zu fordern, das aktuelle System sei zu hinterfragen, und gleichzeitig sei das Aufgabenwachstum um die Hälfte des heutigen Stands zu reduzieren – damit wird das Ergebnis der geforderten Hinterfragung nämlich vorweggenommen. Wenn die Schülerinnen und Schüler wirklich unnötig pathologisiert würden – wo-

ran ich zweifle – müsste das System tatsächlich überprüft werden. Ich bin gern bereit, dies anhand konkreter Beispiele zu tun. Wie gehört, ist der Stadtrat bemüht, das System anzuschauen. Aber jetzt eine Reduktion zu fordern ohne konkrete Benennungen, ist falsch und würde dazu führen, dass vor allem die schwächsten aller Schülerinnen und Schüler darunter leiden würden.

**Martin Bürlimann (SVP):** Das Postulat spricht im Titel von einer Halbierung der Ausgaben und also von einer Sparmassnahme, im Postulatstext geht es aber lediglich um eine Rückführung des Wachstums auf die Hälfte des heutigen Anteils. Wir wollen in diesem Bereich gar kein Wachstum, sondern eine Kostensenkung. Und: Bei 150 Millionen Franken 160 000 Franken zu sparen, ist ein Briefmarkenantrag ohne Wirkung. In einem derart komplizierten Bereich kann man auf ein Jahr hinaus gar nicht so genau planen. Wenn Kosten gesenkt werden sollen, muss dies substantiell geschehen und an einem konkreten Ort.

**Karin Weyermann (CVP):** Die CVP lehnt das Postulat ab. Sie erachtet die Hinterfragung der Zuteilung der sonderpädagogischen Massnahmen zwar als wichtig, diese kann aber nur bis zu einem gewissen Grad von der Stadt Zürich selber vorgenommen werden. Viel wichtiger wäre es, auf kantonaler Ebene die heute geltenden Gesetze und Abläufe zu überprüfen. Aus persönlicher Erfahrung gibt es durchaus Fälle, in denen die Anordnung einer sonderpädagogischen Massnahme fragwürdig erscheint. Hingegen ist mir ein Fall bekannt, dass sich ein Junge seit November in einer Einzelbeschulung befindet und darauf wartet, abgeklärt zu werden – bis heute konnte noch kein Termin für die Abklärung gefunden werden. Solche Situationen sind nicht gut und nicht gewünscht, treten aber auf, wenn es zu wenig Stellen gibt.

**Rosa Maino (AL):** Auch die AL beobachtet die Entwicklung rund um die Nachfrage bzw. die Anordnungen der sonderpädagogischen Massnahmen sehr kritisch. Vielen Bedürfnissen der Kinder müsste eigentlich im Rahmen des regulären Unterrichts Rechnung getragen werden. Die Unterrichtssituationen im integrativen Schulsystem sind aber sehr komplex und lassen das nicht zu. Einseitig die Ausgaben für die sonderpädagogischen Massnahmen drastisch zu kürzen, ohne auf der anderen Seite die regulären Ressourcen zu stärken, wäre der falsche Weg. Wir befürworten aber, wenn das aktuelle Unterrichtssystem differenziert und umfassend hinterfragt wird.

**Isabel Garcia (GLP):** Innerhalb des Budgets widmen wir uns sinnvollerweise nur der Ausweitung der Stellen, nicht aber der Streichung. Betreffend den Ablauf der Zuteilung besteht ein ziemliches Dickicht; die Handreichung des Kantons Zürich ist sehr kompliziert und unübersichtlich – das ist keine gute Ausgangslage. Es freut mich, dass STR Gerold Lauber die Problematik im Prinzip anerkennt, und dass die Evaluation stattgefunden hat. Ich zitiere die Beurteilung der Ergebnisse: «Die Frage, ob die präsentierten Resultate zur Förderpraxis in der Stadt Zürich als gut, mittelmässig oder schlecht zu beurteilen sind, ist schwierig zu beantworten. Wie bereits im Vorbericht ausgeführt, fehlt ein klarer Massstab für die Beurteilung der Ergebnisse.» Und eben auch für die Diagnose. Zum schulischen Standortgespräch: «Entgegen der ursprünglichen Konzeption sind die schulischen Standortgespräche in der Praxis aber häufig nicht ergebnisoffen. Die







S. 328	<b>50</b>	<b>SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT</b>				
	<b>5050</b>	<b>Schulgesundheitsdienste</b>				
	<b>3092 0000</b>	<b>Personalwerbung</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>195.</b>	Antrag Stadtrat				18 000 Mehrheit	Alan David Sangines (SP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)
			18 000		0 Minderheit	Peter Schick (SVP) Referent, Stefan Urech (SVP)
		Begründung: Personalwerbung nicht nötig, da Personalbestand reduziert werden soll				

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 103 gegen 21 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 196.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Roger Liebi (SVP):** *Wir sind nicht einverstanden mit der Budgetierung des Aufwands. Man muss überall genau hinschauen, auch hier bei diesem Konto.*

**Alan David Sangines (SP):** *Wir lehnen diese Kürzung ab.*

S. 328	<b>50</b>	<b>SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT</b>				
	<b>5050</b>	<b>Schulgesundheitsdienste</b>				
	<b>3107 0000</b>	<b>Temporäre Aktionen in Öffentlichkeitsarbeit</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>196.</b>	Antrag Stadtrat				36 000 Mehrheit	Alan David Sangines (SP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)
			26 700		9 300 Minderheit	Peter Schick (SVP) Referent, Stefan Urech (SVP)

10 / 35

Begründung: Verzicht auf Aktionen zu Gunsten Purzelbaum und Suchtprävention

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 101 gegen 21 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 197.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Roger Liebi (SVP):** Ich habe mich darüber informiert, was psychosoziale Gesundheit ist, und bin der Meinung, dass man auf die 10 000 Franken verzichten kann.

**Alan David Sangines (SP):** Psychosoziale Gesundheit ist nötig, daher soll der Betrag nicht gekürzt werden.

S. 329	50 5050 3186 0000	<b>SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT</b> <b>Schulgesundheitsdienste</b> <b>Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter im Zusammenhang mit Projektbegleitung, -beratung und Organisationsentwicklung</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>197.</b>	Antrag Stadtrat				25 000	Mehrheit
			10 000		15 000	Minderheit
						Alan David Sangines (SP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP) Peter Schick (SVP) Referent, Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP)

Begründung: Verzicht auf externen Support beim Projekt Psychosoziale Gesundheit

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 80 gegen 43 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 198.

Kommissionsminderheiten/-mehrheit:

**Dr. Daniel Regli (SVP):** In der Fachschule Viventa wurden 2015 markante Änderungen und Optimierungen durchgeführt. Angesichts der zwischenzeitlichen Entwicklung ist es

uns von der SVP sehr unwohl. Im STRB Nr. 338/2015 hat der Stadtrat markante Optimierungen versprochen: Neuausrichtung der Erwachsenen-/Elternbildung, Verteuerung der Kursgelder (bereits erfolgt), Ergebnisverbesserungen von ungefähr 1,1 Millionen Franken pro Jahr. In der Rechnung 2015 wurden 17,8 Millionen Franken ausgegeben, und mit Blick auf das Budget 2017 ist es keine Ergebnisverbesserung um 1,1 Millionen Franken, sondern eine Ergebnisverschlechterung, denn es ist nochmal um 1,4 Millionen Franken schlechter geworden. Die Fachschule Viventa muss bekanntlich Pflasterlipolitik machen; sie muss das, was im Schulwesen nicht gut geklappt hat, ausbaden, und jetzt merkt man, dass sie zusätzlich das ausbaden muss, was in der Migrationspolitik falsch gemacht wird. Im Berufsvorbereitungsjahr gibt es tatsächlich neun Klassen im Bereich Sprache und Integration. Diese Leute bereiten sich somit nicht im eigentlichen Sinn auf einen Beruf vor. Im Bereich Handwerk gibt es drei Klassen, und im Bereich Gastro und Medizin sind es sieben Klassen. Zusätzlich schickt die Asylorganisation (AOZ) ihre Klientel auch vermehrt in die Viventa: Es gibt vier Klassen «Deutsch für Flüchtlinge», das kostet 2 Millionen Franken. Es gibt sechs Klassen «Integrationskurse für Erwachsene», das kostet 663 000 Franken. Weiter gibt es fünfzehn Klassen «ELDIS» (Eltern lernen Deutsch in der Schule). Das alles kostet uns Millionen, deshalb soll im Bereich des Personals klar gespart werden. Diese Begründung gilt auch für den nächsten Antrag.

**Christian Huser (FDP):** Es ist klar Sparpotenzial vorhanden. Am einfachsten ist es, auf den Stand des Budgets 2016 zurückzugehen.

**Alan David Sangines (SP):** Der Kurs «Sprache und Integration» kostet weniger als ein Berufsvorbereitungsjahr «Handwerk», «Technik» oder «allgemein». Im Berufsvorbereitungsjahr «Sprache und Integration» gehen Eritreer, Syrer, Afghanen, Engländer, Spanier, ItalienerInnen usw. zusammen in die Schule – alles Jugendliche, die vor Kurzem in die Schweiz gezogen sind. Die Viventa leistet eine gute Arbeit. Es ist wichtig, dass es alle diese Berufsvorbereitungsjahre gibt, damit Jugendliche aus der Schweiz und aus aller Welt schneller Lehrstellen finden. Deshalb ist es wichtig, nicht zu kürzen. Ausserdem ist das beantragte Budget bereits tiefer als das letztjährige.

S. 331		50		SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT				
		5063		Fachschule Viventa				
		3020 0000		Löhne der Lehrkräfte				
				Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen	
198.	Antrag Stadtrat					14 183 000	Mehrheit	Alan David Sangines (SP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
				700 000		13 483 000	Minderheit 1	Peter Schick (SVP) Referent, Stefan Urech (SVP)
				150 000		14 033 000	Minderheit 2	Vizepräsident Michael Baumer (FDP) Referent, Raphaël Tschanz (FDP)

12 / 35

Begründung: SVP: Lehrerbstand reduzieren (Fluktuation), Angebot verknappen;  
FDP: Zurück auf Budget 2016

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat / Mehrheit	(14 183 000)	82 Stimmen
Antrag Minderheit 1	(13 483 000)	22 Stimmen
Antrag Minderheit 2	(14 033 000)	<u>21 Stimmen</u>
Total		125 Stimmen
= absolutes Mehr		63 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt.

---

Antrag 199.

Wortmeldung siehe Antrag 198.

S. 331	<b>50</b>	<b>SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT</b>			
	<b>5063</b>	<b>Fachschule Viventa</b>			
	<b>3029 0000</b>	<b>Entschädigungen an VikarInnen</b>			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>199.</b>	Antrag Stadtrat			516 200	Mehrheit
					Alan David Sangines (SP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)
		214 000		302 200	Minderheit
					Peter Schick (SVP) Referent, Stefan Urech (SVP)

Begründung: Abwesenheiten vermehrt durch eigenes Personal auffangen

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 101 gegen 22 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

---

13 / 35

Antrag 200.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Dr. Daniel Regli (SVP):** *Durch die Kürzung im tabellarischen Antrag um 7000 Franken bleiben noch 18 500 Franken zu kürzen auf null. Aufgrund des von der SVP geforderten Rückbaus braucht es keine Personalwerbung, sondern Personalabbau.*

**Alan David Sangines (SP):** *Wo es sinnvoll ist, wurde bereits gekürzt. Hier finden wir es nicht sinnvoll.*

S. 331	50 5063 3092 0000	<b>SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT</b> <b>Fachschule Viventa</b> <b>Personalwerbung</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>200.</b>	Antrag Stadtrat				25 500	Mehrheit
			18 500		7000	Minderheit
						Alan David Sangines (SP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP) Peter Schick (SVP) Referent, Stefan Urech (SVP)
			Begründung: Personalwerbung nicht nötig, da Personalbestand reduziert werden soll			

Aufgrund der Zustimmung zu Antrag 003. (pauschale Kürzungen) beantragt die Minderheit neu eine Kürzung um 18 500 Franken.

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 101 gegen 22 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 201.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Dr. Daniel Regli (SVP):** *Amtliche Publikationen, das ist einfach Werbung (Tagi, Tagblatt, Radio, Google usw.). Aus unserer Sicht ist nicht verständlich, warum die Viventa jährlich für 136 000 Franken Werbung machen muss. Die bei der Stadt Zürich angehängte Website der Viventa ist nicht besonders ansprechend und informativ. Es ist aber klar: Die AOZ, besorgte Eltern und Jugendliche sowie auch Integrationswillige wenden*

sich von allein an die Viventa. Auch auf PR-Aktionen kann die Viventa weitgehend verzichten.

**Alan David Sangines (SP):** Das Schul- und Sportdepartement (SSD) hat bereits erklärt, dass es ab 2017 eine Kreditübertragung machen wird – damit sind wir zufrieden und finden es nicht richtig, hier zu streichen. Grundsätzlich finden wir es richtig, wenn die Viventa ihr Angebot auch bewerben kann, eben gerade für besorgte Eltern, die sich alleingelassen fühlen.

S. 331	<b>50 5063 3106 0000</b>	<b>SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT Fachschule Viventa Amtliche Publikationen</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>201.</b>	Antrag Stadtrat				47 700 Mehrheit	Alan David Sangines (SP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
			35 000		12 700 Minderheit	Peter Schick (SVP) Referent, Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP)
			Begründung: Werbetätigkeiten via amtliche Publikationen reduzieren			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 81 gegen 43 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

### Antrag 202.

Wortmeldung siehe Antrag 201.

S. 331	<b>50 5063 3107 0000</b>	<b>SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT Fachschule Viventa Temporäre Aktionen in Öffentlichkeitsarbeit</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>202.</b>	Antrag Stadtrat				89 000 Mehrheit	Alan David Sangines (SP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)

15 / 35

70 000

19 000 Minderheit

Peter Schick (SVP) Referent, Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP)

Begründung: Auf Werbetätigkeit für ein schulisches Angebot weitgehend verzichten

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 80 gegen 42 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 203.

Kommissionsreferent:

**Shaibal Roy (GLP):** Neben elf anderen Budgetposten, die praktisch unverändert gegenüber dem Vorjahr geblieben sind, hat die Viventa 20 000 Franken für Diverses eingestellt. Aus Sicht der Rechnungsprüfungskommission (RPK) handelt es sich um eine übermässige Einplanung von Reserven auf diesem Konto.

S. 332	<b>50</b> <b>5063</b> <b>3180 0000</b>	<b>SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT</b> <b>Fachschule Viventa</b> <b>Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>203.</b>	Antrag Stadtrat		20 000		110 200 90 200	Zustimmung
						Shaibal Roy (GLP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Alan David Sangines (SP), Peter Schick (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP), Florian Utz (SP)

Begründung: Reduktion Diverses

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 121 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 204.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Dr. Daniel Regli (SVP):** Bereits zum Konto 3180 haben wir einen Einzelantrag zur Streichung (30 000 Franken) des Projekts «Berufs- und Lebensvorbereitung für Jugendliche in der Sonderschulung» (15plusSHS) eingereicht. An der Streichung halten wir fest: 10 000 Franken für 15plusSHS und 5000 Franken für Records Management – das könnte intern anders gelöst werden. Warum gliedert das Schulamt (SAM) eine Sonderschule in die Viventa ein, die gemäss Weisung über wenig bis gar keine Vorkenntnisse für eine Sonderschule verfügt? Das Schulamt lamentiert über Doppelspurigkeiten in den Sonderschulen mit den Kreisschulpflegen und will die Führung an sich reißen. Die Strategie des Schulamts ist nicht klar, denn es gibt ja auch eine Schulkommission Viventa. Warum übernimmt das Schulamt nicht die Führung beim Aufbau des Projekts 15plusSHS? Die Doppelspurigkeiten und zukünftigen Schwierigkeiten, die sich zeigen werden, wollen wir nicht unterstützen.

**Alan David Sangines (SP):** Mit dem Angebot 15plusSHS werden drei verschiedene Institutionen, die Sonderschulung in der Stadt Zürich anbieten, zusammengeführt – das ist längst aufgegleist und soll im Schuljahr 2017/2018 starten. Eine Zuweisung an das Schulamt würde viel mehr Kosten generieren.

S. 332	<b>50</b> <b>5063</b> <b>3186 0000</b>	<b>SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT</b> <b>Fachschule Viventa</b> <b>Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter im Zusammenhang mit Projektbegleitung, -beratung und Organisationsentwicklung</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>204.</b>	Antrag Stadtrat				15 000	Mehrheit
			15 000		0	Minderheit
						Alan David Sangines (SP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP) Peter Schick (SVP) Referent, Stefan Urech (SVP)
			Begründung: Projekt 15plusSHS nicht der Viventa sondern dem Schulamt zuordnen			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 100 gegen 20 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

#### Antrag 205.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

**Christian Traber (CVP):** Es soll eine Kürzung, die der Stadtrat vorschlägt, rückgängig gemacht werden. Es geht um Pro-Kopf-Beiträge an Sportvereine und Lager. Die Stadt



*Zürich wächst, und die Anzahl Jugendlicher in Sportvereinen nimmt auch zu: 2010 erhielten rund 13 000 Jugendliche Subventionen, und 2016 rechnet man mit über 15 000 Jugendlichen. Würde die Kürzung nicht rückgängig gemacht, würden die aktiven Sportvereine, die sich um den Jugendsport kümmern, gestraft. Diese Vereine sind in der Regel ehrenamtlich in den Quartieren tätig. Die Vereine nehmen auch eine wichtige Integrationsaufgabe mit gesellschaftspolitischer Bedeutung wahr.*

**Peter Schick (SVP):** Die SVP wechselt von der Minderheit zur Mehrheit.

S.	<b>50 5070 PG 2</b>	<b>SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT Sportamt Laufende Rechnung: Produktgruppen-Globalbudget / Saldo</b>			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>205.</b>	Antrag Stadtrat			4 669 700	Minderheit
			250 000	4 919 700	Mehrheit
					Peter Schick (SVP) Referent, Stefan Urech (SVP) Christian Traber (CVP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)

Begründung: Beiträge Jugendsport und Sportorganisationen nicht kürzen

Abstimmung gemäss Art. 43<sup>bis</sup> Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 124 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

#### Antrag 206.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Roger Liebi (SVP):** Diese eine Million Franken betrifft die PG 1 und insbesondere die internen Verrechnungen. Diese sind teilweise recht speziell und bewirken den Eindruck, dass von der IMMO gestellte Rechnungen einfach bezahlt werden. Besonders stark ist dieser Eindruck im Fall des Sportamts (SPA). Wir wünschen, dass allenfalls mit Anbietern ausserhalb der Stadtverwaltung zusammengearbeitet wird. Wir sind überzeugt, dass hier ein Sparpotenzial von 1 Million Franken besteht, wir würden aber auch eine etwas kleinere Verbesserung unterstützen. Dieser Antrag richtet sich nicht gegen das Sportamt, sondern gegen die IMMO.

**Alan David Sangines (SP):** Die Mehrheit findet nicht, dass hier 1 Million Franken gestrichen werden sollte. Es geht vor allem um die Bereitstellung von Sportanlagen. Ausserdem hat die RPK das Globalbudget des Sportamts sehr genau geprüft und sogar eine Arbeitsgruppe gebildet, um Verbesserungen auf das nächste Budget hin aufzuspüren.

Weitere Wortmeldung:

**Roger Liebi (SVP):** Die Arbeitsgruppe hat noch nicht getagt. Es ist klar, dass Sparpotenzial besteht, und ich bitte darum, dass die Arbeitsgruppe das einmal ganz vertieft anschaut – und dann wenigstens auf eine halbe Million Franken kommt.

S.	<b>50</b> <b>5070</b> <b>Saldo</b>	<b>SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT</b> <b>Sportamt</b> <b>Laufende Rechnung: Produktgruppen-Globalbudget / Saldo</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>206.</b>	Antrag Stadtrat				82 408 700	Mehrheit
			1 000 000		81 408 700	Minderheit
						Alan David Sangines (SP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP) Peter Schick (SVP) Referent, Stefan Urech (SVP)
			Begründung: Optimierung des Globalbudgets in den Produktgruppen 1 bis 4			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 103 gegen 22 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

**DEPARTEMENT DER INDUSTRIELLEN BETRIEBE**

Antrag 151.

Kommissionsreferent:

**Florian Utz (SP):** In den Vorjahren wurden die Rechtsberatkungskosten nicht auch nur annähernd in voller Höhe gebraucht, und wir gehen davon aus, dass dies auch 2017 so sein wird, zumal ja keine komplizierten Geschäfte, wie z. B. Rechtsformänderungen, mehr anstehen.



S. 294	45 4500 3180 0000	<b>DEPARTEMENT DER INDUSTRIELLEN BETRIEBE</b> Departement der Industriellen Betriebe Zentrale Verwaltung Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter			
		Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
151.	Antrag Stadtrat	10 000		308 000 298 000	Zustimmung
					Florian Utz (SP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangi- nes (SP), Peter Schick (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP)
				Begründung:	Zu hohe Rechtsberatungskosten

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 121 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

### Antrag 152.

Kommissionsminderheiten/-mehrheit:

**Martin Bürlimann (SVP):** Das Elektrizitätswerk (ewz) ist seit 1989 zu einer Umsatzabgabe von 9 Prozent an die Stadtkasse zu deren freien Verfügung verpflichtet. Dieser Gewinnablieferung steht keine eigentliche unternehmerische Leistung gegenüber, was zu einem relativ grossen Liquiditätsabfluss aus dem ewz führt. Die vom Stadtrat beantragte fixe Abgabe von 60 Millionen Franken befindet sich am oberen Ende des festgelegten Bandes von 6 bis 9 Prozent. In der Abstimmungszeitung (Volksabstimmung zum Stromsparbeschluss) vom 5. März 1989 heisst es auf Seite 3: «Bei diesem Beschluss geht es in erster Linie um die Bereitstellung von finanziellen Fördermitteln aus den Erträgen des Elektrizitätswerks. 10 Prozent des budgetierten Reingewinnes (3 bis 4 Millionen Franken) sollen jährlich wiederkehrend für Strom- und Energieberatung, für die Förderung des Stromsparens und der rationellen Energienutzung sowie für die Förderung entsprechender Forschungs- und Entwicklungsarbeiten zur Verfügung stehen.» Das Stimmvolk ging damals also von einer konkreten Zahl und nicht von einer abstrakten Grösse aus. Wir können nicht erkennen, worauf die 6- bis 9-prozentige Umsatzabgabe basieren soll. In Artikel 4 findet sich sodann der Hinweis: «Als finanzielle Zielsetzung für das Elektrizitätswerk gilt ein Reinertrag von 6 bis 9 Prozent des Umsatzes.» Damit ist aber keine verpflichtende Umsatzabgabe gemeint. Kommt hinzu, dass der Energiemarkt 1989 vollständig kartellistisch organisiert war. 30 Jahre später, der Markt ist vollständig anders organisiert, nimmt man die Abstimmung von damals als Grundlage, um 6 bis 9 Prozent Umsatz aus dem ewz herauszunehmen – damit haben wir gros-

se Mühe. Wir sehen die Schwierigkeiten des ewz und finden, man sollte ihm nicht so viel Liquidität entziehen. Deshalb beantragen wir die Senkung der Umsatzabgabe auf 1 bzw. sinngemäss 100 Franken, bis das ewz wieder gesundet ist und im Markt bestehen kann. Anschliessend soll im Sinn einer Dividende eine vernünftige Abgabe an die Stadtkasse festgelegt werden, welche sich an der damaligen Volksabstimmung orientieren kann. Wir behalten uns vor, noch genauer zu prüfen, was die Rechtsgrundlage für diese Umsatzabgabe ist.

**Roger Tognella (FDP):** Der Kommission wurde bei der Präsentation des ewz-Globalbudgets 2017 klar vor Augen geführt, dass die Umsatzabgabe im heutigen Marktumfeld nicht mehr zielführend ist. Eine neue Regelung ist dringend notwendig. Der Stadtrat stellt in Aussicht, das nächstens auch zu tun. Der Durchschnittspreis für die Lieferung von Energie sinkt und wird weiter sinken. Das ewz handelt; es hat Effizienzmassnahmen angekündigt – darüber bin ich aber nur z. T. froh. Werden Netzanschlussgebühren erhöht, bedeutet das mehr Gebühreneinnahmen, dadurch kann aber nicht die Umsatzabgabe kompensiert werden. Die Geldflussrechnung des ewz zeigt, dass das ewz mit der Umsatzablieferung von 9 Prozent am Schluss eine negative Liquidität erreicht. Wir beantragen 6 Prozent Umsatzabgabe, weil wir der Meinung sind, dass dafür bereits heute eine Rechtsgrundlage besteht.

**Christian Traber (CVP):** Die Mehrheit findet, dass man im Sinne der Planungssicherheit im Moment bei den 60 Millionen Franken bleiben sollte, was ungefähr 8,6 Prozent der massgeblichen Umsatzsumme entspricht. Die Vorlage zur Anpassung ist in Vorbereitung.

Weitere Wortmeldungen:

**Guido Hüni (GLP):** Auch die GLP folgt dem Stadtrat. Das ewz arbeitet mindestens bis ins Jahr 2020 nicht so, wie wir es uns wünschen würden, es ist aber gut ausgerichtet und hat die richtigen Massnahmen ergriffen. Es liegt nicht am ewz, dass die Zahlen schlecht sind, nichtsdestotrotz darf man die ökonomische Realität nicht verharmlosen: Das ewz wird in den nächsten Jahren einen negativen Cashflow von 30 bis 40 Millionen Franken pro Jahr aufweisen. Hinzu kommt noch die Umsatzabgabe. Es passiert also ein Liquiditätsabfluss in der Grössenordnung von fast 100 Millionen Franken. Wir werden in Zukunft garantiert nicht die Sicht verwehren für Lösungen, die dem ewz dienen. Aber jetzt ist der falsche Zeitpunkt. Der Vorschlag der SVP basiert auf keiner Rechtsgrundlage und kommt für uns nicht in Frage. Wir wollen warten, bis eine Gesamtschau vorliegt, und eine Abgabe da ist, die auf einem Gewinn und nicht auf einem Umsatz basiert.

**Niklaus Scherr (AL):** Die Abstimmung von 1989 hatte hauptsächlich den Zweck, die Initiative für einen Verzicht auf Atomstromproduktion zu kontern. Einerseits wollte man die Gewinnablieferung regeln, andererseits den Teil aus der Gewinnablieferung, der in die Energieeffizienzverbesserungen fliesst. Die historische Regelung stammt aus einer Epoche, als das ewz im Wesentlichen in einem Monopolbereich Strom verkaufte, und ist sicher nicht mehr zeitgemäss. Die Frage ist einfach, ob die Budgetdebatte der richtige

*Ort ist, um diese Frage übers Knie zu brechen. Es sollte dringend eine angemessene neue Regelung vorgeschlagen werden. Irritiert hat mich, dass das ewz mittlerweile auch schon einer Abschreibungsseuche unterliegt. Bisher war ich der Meinung, das ewz habe seine Anlagen nie auch nur ein bisschen aufgewertet. Die Anträge sind nicht unbedingt zielführend.*

**Martin Bürlimann (SVP):** *Selbstverständlich ist die Budgetdebatte der richtige Ort und Zeitpunkt; hier geht es ja um diese Budgetposition. Der Gewinnablieferung steht heute keine unternehmerische Leistung gegenüber, es handelt sich nur um eine Ablieferung im Sinn einer Dividende. Im Abstimmungsbüchlein stand aber ausdrücklich, die 3 bis 4 Millionen Franken «sollen jährlich wiederkehrend für Strom- und Energieberatung, für die Förderung des Stromsparens und der rationellen Energienutzung sowie für die Förderung entsprechender Forschungs- und Entwicklungsarbeiten zur Verfügung stehen.» Dazu hat das Volk Ja gesagt.*

**Michael Schmid (FDP):** *Es gilt in erster Linie das, was im geschriebenen Recht steht. In Artikel 4 sind als finanzielle Zielsetzung klar 6 bis 9 Prozent des Umsatzes festgeschrieben. In diesem Rahmen bewegen wir uns in der Budgetdebatte, und alles Weitere ist dringlich zu diskutieren. Ein entsprechender Vorstoss wurde eingereicht, und die Umsetzung ist in Vorbereitung. Ich staune über die Nonchalance der Mehrheit, 9 Prozent des Umsatzes aus der Kasse zu ziehen, ohne das aus der Geschäftstätigkeit heraus erwirtschaftet zu haben. In der Privatwirtschaft würde das als Abzocke bezeichnet.*

**Roger Liebi (SVP):** *Es ist richtig, dass es eine Umsatzabgabe ist, denn eine Gewinnabgabe wäre gar nicht erlaubt. Ich staune über die Haltung der GLP und insbesondere von Guido Hüni (GLP), der immerhin eine Firma vertritt, die Dividenden für Kantone ausfallen lässt. Das mag seine guten Gründe haben, nur ist es schwierig, gleichzeitig von der Stadt Zürich zu verlangen, dass sie trotzdem zahlt und mehr in die Stadtkasse überführt, obwohl sie das Geld in den nächsten Jahren eigentlich braucht. Das verstehe ich nicht. Es sollte darüber nachgedacht werden, ob nicht doch allenfalls bereits der richtige Moment gekommen ist. Ebenfalls sollte hinterfragt werden, ob im Stadtrat bezüglich des Betrags Einstimmigkeit geherrscht hat – das glaube und hoffe ich nicht.*

**Niklaus Scherr (AL):** *Weil öffentlich-rechtliche Betriebe steuerbefreit sind, müssen sie im Sinn eines Korrelats Umsatzabgaben leisten. Die Steuer wird normalerweise auf den Gewinn bezogen, während die vorliegende, altrechtliche Regelung umsatzbezogen ist. In der Volksabstimmung wurden zwei Sachen festgelegt. Erstens: Es gibt eine Umsatzabgabe von zwischen 6 und 9 Prozent des Umsatzes, wovon 10 Prozent in den Stromsparfonds eingelegt werden. Die 3 bis 4 Millionen Franken, von denen jetzt ständig die Rede ist, das sind diese 10 Prozent der Gewinnablieferung, die für die vier Zwecke gedacht sind. Die restlichen 90 Prozent fliessen in die Stadtkasse. Es war aber nie die Rede davon, dass das ewz der Stadt Zürich 3 bis 4 Millionen Franken abliefern würde.*

**Roger Tognella (FDP):** Wenn das ewz eine Aktiengesellschaft wäre, würde die Stadt Zürich zusammen mit dem Kanton Zürich Steuern und Dividenden beziehen. Das ist jetzt aber nicht der Fall. Beantragt wird einfach die Kenntnisnahme, dass das Budget bei realer Betrachtung um 18 Millionen Franken schlechter wäre.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe Stellung.

**STR Andres Türler:** Es ist tatsächlich nicht beruhigend, wie der Mittelabfluss wegen dieser veralteten Umsatzabgabe stattfindet. Niklaus Scherr (AL) hat selbstverständlich recht, und Martin Bürlimann (SVP) bringt etwas durcheinander. Die Rahmenbedingungen haben sich geändert; es gibt neue Geschäftsfelder, und der Stromhandel gibt nur Umsatz, aber keinen grossen Gewinn. Deshalb stimmt irgendetwas nicht. Der Stadtrat wollte dieses Thema mit der Rechtsformänderung lösen, darauf ist der Gemeinderat aber nicht eingetreten. Der Stadtrat schliesst aber aus den Voten, dass der Wille, an der Umsatzabgabe etwas zu ändern, durchaus da ist. Es ist bald mit einer Weisung zu rechnen, und ich hoffe, dass wir bei der nächsten Budgetdebatte die Volksabstimmung bereits hinter uns haben und die neue Ordnung diskutieren können. Ich finde es übrigens nicht grundsätzlich falsch, wenn man den Beitrag des ewz an die Stadtkasse kürzen möchte im Interesse eines kleineren Mittelabflusses.

S. 296	<b>45</b> <b>4500</b> <b>4981 0703</b>	<b>DEPARTEMENT DER INDUSTRIELLEN BETRIEBE</b> <b>Departement der Industriellen Betriebe Zentrale Verwaltung</b> <b>Vergütung des Elektrizitätswerkes (Ablieferung)</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>152.</b>	Antrag Stadtrat				-60 000 000	Mehrheit
				59 999 900	-100	Minderheit 1
				18 100 000	-41 900 000	Minderheit 2
			Begründung:	SVP: Gemäss Volksabstimmung 1989; FDP: Anpassung Umsatzabgabe auf 6 %		
						Christian Traber (CVP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP) Stefan Urech (SVP) Referent, Peter Schick (SVP) Vizepräsident Michael Baumer (FDP) Referent, Raphaël Tschanz (FDP)

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe Stellung.

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat / Mehrheit (-60 000 000) 81 Stimmen

23 / 35

Antrag Minderheit 1	(-100)	22 Stimmen
Antrag Minderheit 2	(-41 900 000)	<u>21 Stimmen</u>
Total		124 Stimmen
= absolutes Mehr		63 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt.

Antrag 153.

Kommissionsreferent:

**Shaibal Roy (GLP):** Die Jahresabschlüsse 2013 bis 2015 haben gezeigt, dass das Budget von jeweils über 1,3 Millionen Franken nie ausgeschöpft wurde. Die Rechnungen lagen – ausser 2014 – jeweils unter 1,1 Millionen Franken. Die RPK ist der Überzeugung, dass eine zurückhaltende Ersatzanschaffungspraxis bzw. eine Streckung von Anschaffungen auch mit einem gekürzten Budget ohne negative Einflüsse auf den Betrieb der Wasserwerke bewerkstelligt werden kann.

S. 298	<b>45</b>	<b>DEPARTEMENT DER INDUSTRIELLEN BETRIEBE</b>			
	<b>4525</b>	<b>Wasserversorgung</b>			
	<b>3111 0000</b>	<b>Anschaffungen Maschinen, Geräte, Fahrzeuge</b>			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>153.</b>	Antrag Stadtrat	120 000		1 215 900 1 095 900 Zustimmung	Shaibal Roy (GLP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Alan David Sangines (SP), Peter Schick (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP), Florian Utz (SP)

Begründung: Zurückhaltende Anschaffungen, Rechnung 2015 als Zielvorgabe

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 125 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 154.

Kommissionsreferent:

**Florian Utz (SP):** Auch auf diesem Konto wurde in der Vergangenheit immer relativ grosszügig, mit vielen Reserven budgetiert. In den letzten Jahren hat die Rechnung immer um mindestens 600 000 Franken besser abgeschnitten als das Budget und teilweise sogar um 1 Million Franken besser. Wir sind aber sehr vorsichtig und beantragen nur eine Kürzung um 200 000 Franken. Auch 2017 wird die Rechnung besser abschneiden als das Budget und falls doch nicht, gäbe es immer noch die Möglichkeit eines Zusatzkredits.

S. 299	45 4525 3180 0000	<b>DEPARTEMENT DER INDUSTRIELLEN BETRIEBE</b> <b>Wasserversorgung</b> <b>Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter</b>			
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag
					Stimmen
154.	Antrag Stadtrat		200 000		3 918 100 3 718 100 Zustimmung
					Florian Utz (SP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Peter Schick (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP)
			Begründung: Konto ist jeweils überbudgetiert (in den letzten Jahren jeweils um mindestens 0,6 Mio. Fr.)		

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 122 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 155.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

**Christian Traber (CVP):** In den letzten Jahren waren auf diesem Konto z. T. weniger als 100 000 Franken eingestellt. Letztes Jahr wurde ein Budgetkredit von knapp 380 000 Franken genehmigt. Die RPK-Mehrheit möchte auf diesen Betrag zurückgehen. Sie ist der Meinung, dass das möglich ist, ohne die Versorgungssicherheit zu gefährden.

**Florian Utz (SP):** Dieses Konto ist sehr volatil. Die Minderheit hält es bei Planungskosten nicht für seriös, wenn man sich nur an den Vorjahren orientiert, denn es können halt unterschiedlich grosse Projekte anstehen. Die Minderheit möchte nach vorne blicken und nicht zurück.



Weitere Wortmeldung:

**Shaibal Roy (GLP):** Die GLP hat eine Rückfrage gestellt und klar aufgezeigt bekommen, dass die Sanierungen der über 40-jährigen Anlagen im Grundwasserwerk Hardhof nötig sind, und dass damit auch eine Verbesserung der Wirtschaftlichkeit verbunden ist. Die GLP wechselt aus der Enthaltung zum Antrag des Stadtrates.

S. 299	45 4525 3182 0000	<b>DEPARTEMENT DER INDUSTRIELLEN BETRIEBE</b> <b>Wasserversorgung</b> <b>Entschädigungen für Planungs- und Projektierungsarbeiten Dritter</b>			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
155.	Antrag Stadtrat			461 000	Minderheit
		83 000		378 000	Mehrheit
					Enthaltung
					Florian Utz (SP) Referent, Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Alan David Sangines (SP) Christian Traber (CVP) Referent, Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Peter Schick (SVP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP) Präsident Walter Angst (AL), Shaibal Roy (GLP)
		Begründung: Budget 2016 sollte ausreichen			

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit mit 74 gegen 50 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

---

Antrag 156.

Kommissionsreferent:

**Shaibal Roy (GLP):** In den Rechnungsjahren 2013 bis 2015 wurden auf diesem Konto jeweils zwischen 0 und 36 689 Franken ausgegeben. Die jeweils eingestellten Budgetbeträge bewegten sich zwischen 75 000 und 67 500 Franken. Das ist ein schlechtes Beispiel von Budgetieren und Luft einplanen – so wollen wir es nicht. Aufgrund der aufgelisteten Projekte und der zugeordneten Beträge geht die RPK auch diesmal von einer Überbudgetierung aus. Durch die beantragte Kürzung werden keine zwingenden Projekte gefährdet.



S. 299	45 4525 3186 0000	<b>DEPARTEMENT DER INDUSTRIELLEN BETRIEBE</b> <b>Wasserversorgung</b> <b>Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter im Zusammenhang mit Projektbegleitung, -beratung und Organisationsentwicklung</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
156.	Antrag Stadtrat		25 000		67 500 42 500	Zustimmung
						Shaibal Roy (GLP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Alan David Sangines (SP), Peter Schick (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP), Florian Utz (SP)
						Begründung: Fokus auf zwingende Projekte, keine Reserven einplanen

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 123 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 157.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Heinz Schatt (SVP):** Der Antrag betrifft Einsparungen auf dem Investitionskonto Nr. 524000 des ewz – es ist entsprechend eine Umbuchung von Konto Nr. 502940 nötig. Es geht um Investitionen von 27,32 Millionen Franken in Windkraftanlagen und 2 Millionen Franken in Solaranlagen. Die Investitionen in Windkraft- und Solaranlagen werden vor allem im europäischen Ausland geplant. Investments in Stromerzeugungsanlagen, die keinen physischen Import des Stroms in das Verteilnetz des ewz zulassen, lehnt die SVP strikte ab. Solche Investitionen schaden dem ewz und den Stromkonsumenten in der Schweiz, weil sie nichts anderes bewirken, als in einer ersten Phase den Strompreiszerfall und langfristig negative Nebenwirkungen, weil keine Investitionen mehr in die Erneuerung der Wasserkraft in der Schweiz getätigt werden können. Das ewz soll nicht als Subventionsjäger in fremden Ländern auftreten, sondern den Heimmarkt mit sicherem und günstigem Strom versorgen. Wir beantragen deshalb die Streichung von 29,32 Millionen Franken für Windkraft- und Solaranlagen.

**Christian Traber (CVP):** Die Mehrheit findet, man sollte an den Vorgaben zum Erreichen der strategischen Ziele des ewz festhalten, dahinter stehen auch Volksabstimmungen usw. Die Budgetpositionen für die Beteiligungen – auch im Ausland – sind einzustellen, damit man sich die nötigen Rechte sichern kann.

27 / 35

Weitere Wortmeldung:

**Niklaus Scherr (AL):** Was Heinz Schatt (SVP) über unsere Wasserkraft sagt, sticht mir in die Nase. Christoph Blocher sagt ja jetzt in Interviews, wie die Schweizer Wasserkraft gerettet werden soll, und dass diesbezüglich investiert werden sollte. Vor etwa 15 Jahren, als Christoph Blocher zusammen mit Martin Ebner eine Mehrheitsbeteiligung an der Lonza hatte, wurden sämtliche Walliser Wasserkraftwerke von der Lonza an die Energie Baden-Württemberg verkauft. Jetzt muss die Lonza vom Kanton Wallis subventioniert werden, weil die deutschen Eigentümer höhere Preise verlangen, als vorher die Gestehungskosten waren. Das ist die Wirklichkeit der «Rettung der Schweizer Wasserkraft made by SVP».

S. 302	45 4530 524000	<b>DEPARTEMENT DER INDUSTRIELLEN BETRIEBE</b> <b>Elektrizitätswerk</b> <b>Darlehen und Beteiligungen an öffentliche Unternehmungen</b>				
			Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
157.	Antrag Stadtrat				31 985 000	Mehrheit
			29 320 000		2 665 000	Minderheit
			Begründung:	Verzicht auf Investitionen Solarenergie minus 2 Mio. Fr., Verzicht auf Investitionen Windenergie minus 27,32 Mio. Fr.		

Heinz Schatt (SVP) stellt den Antrag neu auf Konto Nr. 524000, Darlehen und Beteiligungen an öffentliche Unternehmungen.

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 103 gegen 22 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

### Antrag 158.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Martin Bürlimann (SVP):** Der Ausbau des Glasfasernetzes soll verlangsamt werden, denn erfahrungsgemäss steigen die Kosten beim Ausbau von Netzen überdurchschnittlich, wenn man relativ weit fortgeschritten ist. Die Kosten sollen im Auge behalten werden. Ein Drittel auf dem Konto (22 Millionen Franken) reicht, um die Verträge einzuhalten.

ten und das Netz trotzdem sinngemäss auszubauen.

**Christian Traber (CVP):** Über die Errichtung des Glasfasernetzes gab es Volksabstimmungen, und es bestehen Verträge mit der Swisscom, in denen der Ausbau fixiert wurde. Wenn das ewz jetzt von diesem Fahrplan abweichen würde, wären je nachdem Konventionalstrafen oder ähnliches fällig. Die Mehrheit der RPK will am vertraglich abgemachten Ausbau festhalten.

S. 302	<b>45</b> <b>4530</b> <b>502950</b>	<b>DEPARTEMENT DER INDUSTRIELLEN BETRIEBE</b> <b>Elektrizitätswerk</b> <b>Telekommunikation</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>158.</b>	Antrag Stadtrat				32 097 000	Mehrheit
			10 000 000		22 097 000	Minderheit
						Christian Traber (CVP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP) Stefan Urech (SVP) Referent, Peter Schick (SVP)
			Begründung: Verlangsamung der Investitionen für Glasfaserausbau			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 102 gegen 22 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

S. 302	<b>45</b> <b>4530</b> <b>524000</b>	<b>DEPARTEMENT DER INDUSTRIELLEN BETRIEBE</b> <b>Elektrizitätswerk</b> <b>Darlehen und Beteiligungen an öffentliche Unternehmungen</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>159.</b>	Antrag Stadtrat				49 428 500	Mehrheit
			19 960 000		29 468 500	Minderheit
						Christian Traber (CVP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP) Stefan Urech (SVP) Referent, Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Peter Schick (SVP), Raphaël Tschanz (FDP)
			Begründung: Verzicht auf Beteiligungen an öffentlichen Unternehmungen			

Heinz Schatt (SVP) zieht den Antrag der Minderheit zurück. Damit ist dem Antrag der Mehrheit stillschweigend zugestimmt.

---

#### Antrag 160.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

**Florian Utz (SP):** *Es geht hier um die Steuerungsgrösse, die den Anteil der sogenannten neuen erneuerbaren Energien festlegt. Das Departement der Industriellen Betriebe (DIB) schlägt vor, den Anteil neu am gesamten Produktionsvolumen auszurichten und nicht mehr einschliesslich Handel/Verkauf. Dieser Vorschlag geht auch aus Sicht der Mehrheit in die richtige Richtung, denn die Steuerungsgrösse soll nicht von Drittfaktoren, wie eben dem Stromhandel, abhängig sein. Diese Steuerungsgrösse ist vom Gemeinderat real aber nicht steuerbar, deshalb soll es zusätzlich eine Steuerungsgrösse geben, die die GWh von neuer erneuerbarer Energie enthält. Das DIB hat sich 494 GWh zum Ziel gesetzt, und diesen Wert möchten wir übernehmen.*

**Christian Traber (CVP):** *Die Minderheit empfiehlt, auf die Erweiterung der Steuerungsgrösse mit dem GWh-Wert zu verzichten. Die vorliegenden Zahlen reichen aus, deshalb muss der neue Wert nicht eingeführt werden.*

Weitere Wortmeldungen:

**Roger Liebi (SVP):** *Eine Frage an Florian Utz (SP): Was soll der Nutzen dieser neuen Steuerungsgrösse «Menge der produzierten Energie aus neu erneuerbaren Energiequellen» für die Leute in der Stadt Zürich sein? Die produzierte Energie im Windpark Schermen in Sachsen wird bis heute nicht hierher geleitet, auch weil die nötigen Leitungen fehlen.*

**Roger Tognella (FDP):** *Diese Frage muss tatsächlich noch beantwortet werden. Viel mehr stört mich an der neuen Steuerungsgrösse U aber das Schiffchen-Versenken: Mit der neuen Steuerungsgrösse kann der Anteil der produzierten Energie aus neuen erneuerbaren Energiequellen im Lauf der Zeit stetig erhöht werden, und gleichzeitig wird das ewz an die Wand gefahren. Mit der Steuerungsgrösse wird dem ewz aufgezwungen, wie es zu produzieren hat. Das ist in meinen Augen gefährlich.*

**Florian Utz (SP):** *Ich erinnere an den Rechnungsabschluss 2015 des ewz. Darin weist das ewz einen operativen Gewinn von 68,3 Millionen Franken aus, die Abgabe an die Stadtkasse betrug 60 Millionen Franken – wenn ich rechne, sehe ich keinen dramatischen Mittelabfluss. Das Gegenteil war der Fall; es konnten noch 8,3 Millionen Franken in die Reserven eingelegt werden. In diesem Antrag geht es um Demokratie, und das ist auch die Antwort an Roger Liebi (SVP): Der Wert dieses Antrags für die Menschen in der Stadt Zürich und für das Parlament ist Demokratie. Es geht darum, dass wir be-*

stimmen, festlegen und steuern können.

**Sven Sobernheim (GLP):** Die entscheidenden Grössen in einem Globalbudget sind die Steuerungsvorgaben. Wer sich gegen eine neue Steuerungsvorgabe wehrt mit der Begründung, diese habe keinen Nutzen, soll andere Steuerungsgrössen festsetzen – das ist ein demokratisches Recht.

**Roger Tognella (FDP):** Wenn man die alte Steuerungsgrösse nicht mehr gut findet, soll man einfach eine neue festsetzen? – Na toll.

S.	45 4530 PG 2	<b>DEPARTEMENT DER INDUSTRIELLEN BETRIEBE</b> <b>Elektrizitätswerk</b> <b>Laufende Rechnung: Produktgruppen-Globalbudget / D Steuerungsvorgaben</b>			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
160.	Antrag Stadtrat			Minderheit	Christian Traber (CVP) Referent, Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Peter Schick (SVP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP)
				Mehrheit	Florian Utz (SP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP)
		<p>Die Mehrheit der RPK beantragt, eine zusätzliche Steuerungsgrösse U festzulegen: «Menge der produzierten Energie aus neu erneuerbaren Energiequellen», Festlegung des Werts für 2017 auf 494 GWh.</p> <p>Begründung: Die Produktionsmenge der neu erneuerbaren Energien soll direkt steuerbar sein</p>			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 76 gegen 49 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

#### Antrag 161.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

**Florian Utz (SP):** Diese Steuerungsgrösse ist bereits heute steuerbar. Es geht um den Anteil der Energie, die mit Effizienzbonus verkauft werden soll. Das ewz hat dem Gemeinderat für das Budget 2017 einen Wert vorgeschlagen, der unter dem Wert von 2016 liegt. Auf Rückfragen hat das ewz geantwortet, es wolle nicht etwa weniger verkaufen, es sei aber nicht ganz sicher, ob es das Ziel erreichen könne, weil letztlich der Kunde entscheidet, was er will. Diese Argumentation ist grundsätzlich richtig; es gibt keine Garantie dafür, dass man das Ziel erreicht. Nichtsdestotrotz glauben wir, man sollte sich halbwegs ambitionierte, wenn auch realistische Ziele setzen. Die Zielvorgabe, die sich das ewz für 2016 gesetzt hat, erscheint uns auch für 2017 realistisch und ambitioniert, deshalb sollte man da nicht tiefstapeln.

**Christian Traber (CVP):** Die Minderheit der RPK will bei den realistischen, erreichbaren Zielen bleiben und deshalb den vom ewz vorgesehenen Wert nicht heraufsetzen.

S.	45 4530 PG 3	<b>DEPARTEMENT DER INDUSTRIELLEN BETRIEBE</b> <b>Elektrizitätswerk</b> <b>Laufende Rechnung: Produktgruppen-Globalbudget / D Steuerungsvorgaben</b>			
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag
161.	Antrag Stadtrat				Minderheit
		Die Mehrheit der RPK beantragt, die Steuerungsgrösse U «Anteil gelieferte Energiemenge mit Effizienzbonus» auf 36,4 Prozent festzusetzen.			Mehrheit
					Stimmen
					Christian Traber (CVP) Referent, Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Peter Schick (SVP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP) Florian Utz (SP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP)
					Begründung: Keine Reduktion des Anteils der Energie mit Effizienzbonus anstreben

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 74 gegen 50 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

### Antrag 162.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

**Florian Utz (SP):** Die Finanzlage des ewz ist alles andere als dramatisch, nichtsdestotrotz sind auch wir für sinnvolle Sparideen. Die Ausgliederung des ewz hätte einmal zu unmittelbaren Kosten von 100 000 Franken geführt, aber weil der Gemeinderat Nein gesagt hat, kann dieser Betrag problemlos als Budgetverbesserung eingestellt werden.

**Michael Baumer (FDP):** Der Gemeinderat hat die Ausgliederung nicht abgelehnt, sondern er wollte einfach nicht darüber reden, das ist nicht das Gleiche. Die Streichung der 100 000 Franken bewirkt eine Neutralisierung – ein Sparantrag ist es in keiner Weise. Aber da die Rechtsberatung jetzt tatsächlich nicht nötig ist, wechselt die FDP zusammen mit der SVP zur Mehrheit.

S.	45 4530 PG 7	<b>DEPARTEMENT DER INDUSTRIELLEN BETRIEBE</b> <b>Elektrizitätswerk</b> <b>Laufende Rechnung: Produktgruppen-Globalbudget / Saldo</b>			
		Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
162.	Antrag Stadtrat			-57 373 200	Minderheit
		100 000		-57 473 200	Mehrheit
					Enthaltung
		Begründung: Verzicht auf Ausgliederung führt zu Saldoverbesserung (weniger Rechtsberatungskosten)			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 125 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

### Antrag 163.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

**Florian Utz (SP):** Hier geht es um die Troubleshooter-Fahrzeuge der Verkehrsbetriebe (VBZ), das sind die gleichen Modelle wie die Streifenwagen der Stadtpolizei (Stapo), nämlich VW T5. Die Stapo hat ihre Streifenwagen über 300 000 km im Einsatz, auch wenn sie diese Vorgabe in der Praxis nicht immer ganz einhalten kann. Die Mehrheit der RPK ist der Meinung, dass die VBZ ihre Fahrzeuge nicht schon nach 150 000 km ersetzen muss, sondern sie ebenfalls bis mindestens 200 000 km fahren kann.

**Michael Baumer (FDP):** Die «Total cost of ownership» beziehen sich nicht nur auf die Kilometer, sondern auch auf das Lebensalter und den Zustand der Fahrzeuge. Die Stapo ist mit ihren Fahrzeugen im Dauereinsatz, während die Fahrzeuge der VBZ hoffentlich weniger häufig genutzt werden. Es ist klar, dass die Kilometerzahl schneller erreicht ist, wenn das Fahrzeug ständig im Einsatz ist, als wenn es die Hälfte der Zeit in der Garage steht. Eine gesamthafte Betrachtung macht mehr Sinn.

Weitere Wortmeldungen:

**Stefan Urech (SVP):** Die SVP wechselt zur Mehrheit.



Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe Stellung.

**STR Andres Türler:** *Zwei Themen führen zu den 150 000 km bzw. 10 Jahren, nämlich Wirtschaftlichkeit und Ökologie. Bei der Wirtschaftlichkeit geht es um den Anschaffungspreis, den Unterhalt und den Wiederverkaufswert, d. h. die sogenannten Lebenszykluskosten. In der Tat haben die VBZ ein anderes Benutzerprofil als die Stapo. Die Troubleshooter-Fahrzeuge stehen meist herum, weil die Troubleshooter vor Ort irgendetwas machen müssen. Während die Stapo, die dauernd herumfährt, relativ schnell auf 300 000 km kommt, haben die Fahrzeuge der VBZ manchmal nach 10 Jahren noch immer keine 150 000 km. Es ist an sich kein Problem, die Autos länger fahren zu lassen, aber erfahrungsgemäss steigen damit die Betriebskosten, wodurch dann auch der Sparbeitrag wegfällt. Zur Ökologie: Weil die Motorentechnologie einem relativ schnellen Umbruch unterworfen ist, verbrauchen ältere Autos mehr Treibstoff und stossen mehr Schadstoffe aus als neue.*

**Roger Liebi (SVP):** *Da es hier um VW und nicht um Subaru geht, können wir nicht mehr zurückwechseln.*

S. 303	<b>45</b> <b>4540</b> <b>3111 0100</b>	<b>DEPARTEMENT DER INDUSTRIELLEN BETRIEBE</b> <b>Verkehrsbetriebe</b> <b>Anschaffungen Fahrzeuge</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>163.</b>	Antrag Stadtrat				355 000 Minderheit	Vizepräsident Michael Baumer (FDP) Referent, Raphaël Tschanz (FDP)
			190 000		165 000 Mehrheit	Florian Utz (SP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP)
					Enthaltung	Peter Schick (SVP), Stefan Urech (SVP)
			Begründung: Fahrzeuge müssen nicht bereits nach 150 000 km ersetzt werden (VW T5 sind bei der Stadtpolizei über 300 000 km im Einsatz)			

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe Stellung.

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 104 gegen 20 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 164.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

**Sven Sobernheim (GLP):** Wenn man «Mystery Shopping» googelt, landet man schnell auf der Seite von GfK, die erklärt, Mystery Shopping steigere die Umsatzzahlen und führe zu mehr Kunden in den Verkaufsfilialen. Wir sehen nicht ein, warum Ticketerias, die ihren Umsatz vollständig an den Zürcher Verkehrsverbund (ZVV) abliefern, Geld investieren sollten, um mehr Umsatz zu machen.

**Christian Traber (CVP):** Der ZVV verlangt das Mystery Shopping bzw. würde es selber machen, wenn dieser Betrag für die VBZ gestrichen würde. Die VBZ sollen besser selber entscheiden können, wie und mit wem sie Mystery Shopping machen wollen, als dass es einfach irgendwie durchgeführt wird.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe Stellung.

**STR Andres Türler:** Mystery Shopping ist ein Auftrag vom ZVV, der schlicht der Qualitätssicherung unseres Kontaktcenters dient. Davon hängt letztlich das Entgelt ab, das die VBZ vom Kanton Zürich erhalten. Es ist nicht so, dass wir mit Mystery Shopping mehr Umsatz machen möchten.

S. 304	<b>45</b> <b>4540</b> <b>3180 0000</b>	<b>DEPARTEMENT DER INDUSTRIELLEN BETRIEBE</b> <b>Verkehrsbetriebe</b> <b>Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>164.</b>	Antrag Stadtrat				32 033 600	Minderheit
			28 000		32 005 600	Mehrheit
						Christian Traber (CVP) Referent, Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Peter Schick (SVP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP) Shaibal Roy (GLP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP)

Begründung: Verzicht auf Mystery Shopping

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe Stellung.

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 75 gegen 49 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

35 / 35

Die Sitzung wird beendet (Fortsetzung der Budgetberatung siehe Sitzung Nr. 133, Beschluss-Nr. 2529/2016).

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat